AKTE **OBERÖSTERREICH**
VON GERALD **MANDLBAUER**

„Der Specht genießt Artenschutz, der Pendler nicht und fühlt sich gefrotzelt."

Der Mittelspecht und das Systemversagen

Mauthausen-Brücke: Das ewig dauernde Gezerre um eine neue Donauquerung kostet Nerven, aber vor allem viel Geld. Eine IWS-Studie beziffert den Schaden aus der Verzögerung von Infrastrukturbauten – ein Augenöffner

Anrainerrechte im Zuge von großen Bauvorhaben sind ein wichtiges Grundrecht. Sie verhindern ein Drüberfahren und sie führen dazu, dass Bedenken in Projekte eingearbeitet werden können.

Doch es gibt eben auch eine Kehrseite. Durch gefinkelte Vorgehensweise und das geschickte Ausnutzen von Fristenläufen in UVP-Verfahren schaffen es Projektgegner immer wieder, Vorhaben um Jahre zu verzögern. Der Artenschutz des Wanderfalken und damit verbundene Einsprüche führten laut Asfinag zu Mehrkosten beim Bau der Linzer Westringbrücke von rund 100 Millionen Euro. Diese Summe muss die Allgemeinheit schultern, verhindern konnten die Projektgegner den Bau nicht, sie machten ihn nur viel teurer.

Was in Linz der Wanderfalke war, könnte beim Projekt einer neuen Mauthausener Donaubrücke der Mittelspecht sein. Mit seinem Rotköpfchen hat er eine Vorliebe für alte Eichen. Die Projektgegner haben den Specht als Vehikel entdeckt, das Verfahren zu verzögern, während die staugeplagten Pendler keinen solchen Artenschutz genießen. Es ist eine Disbalance.

Mitte Dezember wird das Höchstgericht über eine Beschwerde von Projektgegnern entscheiden, wonach der Artenschutz des Spechtes zu wenig berücksichtigt worden sei. Es wird für möglich oder sogar wahrscheinlich gehalten, dass die Richter ein neues Gutachten einfordern, was für das Projekt fatal sein könnte. Der Brutzyklus müsste über ein volles Jahr verfolgt werden. Weil 2028 die Genehmigung für die alte Mauthausener Brücke ausläuft, muss diese gesperrt und saniert werden. Pendler und Firmen müssten über die Steyregger Brücke ausweichen, dort sind Staus absehbar.

Mauthausen-Brücke: Eine Sperre ab 2028 würde Zusatzkosten von 180 Millionen Euro jährlich verursachen. Foto: Kerschi

Friedrich Schneider und Gottfried Kneifel: kein Gold-Plating bei UVP Foto: OÖN

Der Unmut der Leute ist groß

Verkehrslandesrat Günther Steinkellner nannte die Einsprüche jüngst „missbräuchliches Ausnutzen unseres Rechtssystems". Die Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS), getragen von Unternehmern, verlangt, ausgehend vom Beispiel Mauthausen, eine „Neujustierung der Umweltverträglichkeitsprüfung", weil Unternehmen und Pendler die Kosten der Verzögerungen neben der Allgemeinheit zu schultern haben.

Mauthausen ist ein Paradebeispiel dafür. „Der Unmut in der Region ist groß. Dass bei großen Infrastrukturvorhaben alles so langsam geht, führt auch zum oft gehörten Vorwurf des politischen Systemversagens", sagt Gottfried Kneifel, Geschäftsführer der IWS. Die IWS hat Volkswirt Friedrich Schneider und Elisabeth Dreer von der JKU beauftragt zu erheben, wie hoch der Schaden solcher Verzögerungen ist.

Beim Anlassfall Mauthausen ist die Summe enorm. Allein die Baukosten werden sich durch die Teuerung und den langen Fristenlauf mehr als verdreifachen, von ursprünglich geplanten 60 Millionen Euro auf mehr als 220 Millionen.

Dazu haben Schneider und Dreer errechnet, was es kosten wird, wenn 2028 die alte Donauquerung in Mauthausen nicht mehr benutzt werden kann.

Sie kommen auf jährliche Mehrkosten für Firmen und Pendler von 180 Millionen Euro. Ähnlich, so wird in dieser Kurzstudie aufgelistet, war es auch beim verzögerten Bau der neuen Linzer Eisenbahnbrücke. In den Jahren 2018 und 2019 kam es deswegen in Linz zu umfangreichen Staus. Laut Schneider habe dies einen Schaden von 163 Millionen Euro verursacht (Annahme: ein Passagier je Auto). Bei einem höheren Besetzungsgrad steigt der Schaden deutlich an. Schneider: „Weil verlorene Zeit als wichtige Ressource gerechnet wurde, ist der Schaden so hoch." In Linz ist es in diesen beiden Jahren zu einem durchschnittlichen Zeitverlust von 19 Prozent (bezogen auf die reguläre Fahrzeit) gekommen. Schneider: „Das entspricht dem Verlust von zwei Arbeitswochen pro Jahr." Diesen Verlust hatten Private und Firmen zu tragen.

Der tatsächliche wirtschaftliche Schaden verzögerter Projekte übersteigt das ursprüngliche Projektvorhaben oft deutlich, schreibt Schneider, weil durch die lange Projektdauer auch Nutzungsmöglichkeiten entgingen. Ähnlich sei es auch beim notwendigen Ausbau der Stromnetze. Die Initiative Wirtschaftsstandort Österreich schlägt dazu eine Neujustierung der UVP-Verfahren vor. Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer wurde bereits ein Positionspapier übergeben.

Ein Musterschüler-Verhalten

So soll der Staat Fristen setzen, alle Einwände sollen sofort vorgebracht werden (und nicht mit dem Ziel des Zeitschindens und des Ausnutzens der Fristenläufe). Kneifel: „Es geht um das Neugewichten von Bürgerrechten."

Die IWS plädiert für eine Neufassung der sogenannten Kumulierungsregeln nach deutschem Muster. Bisher wurden in eine UVP-Prüfung auch bestehende Anlagen (auch nicht gleichartige) eingerechnet. Das hat die Verfahren unnötig kompliziert gemacht, so die IWS.

Dann schlägt die IWS vor, dass Entscheidungen im UVP-Verfahren nicht mehr von Umweltanwälten oder Bürgerinitiativen durch ein Revisionsverfahren beim Höchstgericht angefochten werden können sollen, wie es jetzt in Mauthausen der Fall ist.

Keine Haustürwerbung mehr

„Österreich solle das Übererfüllen europäischer Vorgaben *(Gold-Plating, Anm.)* korrigieren", sagt Kneifel. Er verlangt eine Anpassung an deutsche Normen. Kompensationsmaßnahmen (Aufforstungen) sollen weiträumiger erfolgen dürfen. Außerdem sollen sich Bürgerinitiativen durch Unterschriften auf den Gemeindeämtern formieren müssen und nicht durch Werbung an der Haustür.

Einziger Haken an der Sache: Diese Materie ist Bundessache, es braucht für Änderungen eine Zweidrittelmehrheit.

Stabilitätspakt: Optimismus vor Bund-Länder-Gipfel

Möglicher Kompromiss: Geringeres Verschuldungspotenzial für Bund und transparentere Länderbudgets

WIEN/LINZ. Rechtzeitig zum Bund-Länder-Gemeinden-Gipfel für den neuen Stabilitätspakt am Freitag legte die oberösterreichische Landesregierung heute die Eckpunkte für die Mittelfristplanung im eigenen Budget vor. Tenor: Das für 2026 vorgesehene Defizit von 255,1 Millionen Euro soll in den folgenden Jahren stetig verkleinert werden. 2029 soll das Minus dann 82,1 Millionen Euro betragen. „Unser Ziel ist, dass wir in absehbarer Zeit das Minus auf null reduzieren, sprich, ohne neue Schulden auskommen können", sagte Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP).

Gleichzeitig investiere man. 2026 seien dafür 794 Millionen Euro im Landesbudget vorgesehen. Beim heute nach Mittag startenden Gipfel bei Finanzminister Markus Marterbauer (SP) wird Stelzer mit Karoline Edtstadler (Salzburg), Anton Mattle (Tirol) und Markus Wallner (Vorarlberg, alle VP) die Riege der Landeshauptleute vertreten. Diese hat zuletzt geschlossen dem Bund die Rolle des größten Schuldentreibers zugewiesen.

Finanzminister Markus Marterbauer
Foto: Bayer

Defizit höher als erwartet

Davor wurde bekannt, dass das Defizit von Ländern und Gemeinden bis zu zwei Milliarden Euro schlechter ausfallen könnte als bisher erwartet. Damit würde das gesamtstaatliche Minus in Richtung 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, womit die angepeilten 4,5 Prozent nicht eingehalten werden könnten.

Der Stabilitätspakt regelt die Verschuldungsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften und muss der EU bis Jahresende übermittelt werden.

Im alten Pakt aus 2012 durfte der Bund 78 Prozent des Verschuldungspotenzials ausschöpfen. Der Rest entfällt auf Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Marterbauer wollte ursprünglich 90 Prozent, die Länder wollen dem Bund nur mehr 68 Prozent zugestehen. Als möglicher Kompromiss galten zuletzt 75 Prozent.

Dafür soll Marterbauers Forderung nach mehr Transparenz bei den Länderbudgetzahlen erfüllt werden. Die Aussichten auf Einigung dürften am Freitag nach einem davor von den Ländern abgesagten Termin gut sein. *(luc)*

Neue DSN-Spitze: Indizien sprechen für Sylvia Mayer

Foto: BMI

WIEN. Bei der Suche nach einer neuen Leitung für die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) dürfte es eine Vorentscheidung geben. Demnach hat die vom Innenministerium eingesetzte Begutachtungskommission unter den zwölf Bewerbungen nur eine weibliche Kandidatin als „in höchstem Maß geeignet" und alle anderen als „nicht geeignet" eingestuft. Damit deutet fast alles auf die bisherige DSN-Vizedirektorin, die Oberösterreicherin Sylvia Mayer, hin.